



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 46
18.11.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 35 % und 32 %, SPD bei 24 % bzw. 23 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Weiterhin gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben, allerdings mit teils deutlich verringerten Mehrheiten
----------------------	---

Wirtschaft:	Langfristige Wirtschaftserwartungen deutlich verschlechtert
-------------	---

Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Rentenpolitik
-------------------------	-----------------------------------

Wichtigstes Thema:	Präsidentenwahl in den USA
--------------------	----------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	35 (+1)	33 (-1)	34,0 (+1,0)	32 (-1)
SPD	23 (-)	24 (+1)	23,0 (+1,0)	23 (+1)
FDP	6 (-)	5 (-)	7,5 (-)	6 (-)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	9,0 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	11 (-)	12 (+1)	11,0 (-1,0)	13 (+1)
AfD	10 (-1)	13 (+1)	10,5 (-2,0)	12 (-1)
Sonstige	5 (-)	4 (-1)	5,0 (+1,0)	5 (-)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.	10.-16.11.	28.10.-10.11.	14.-16.11.

Die Union liegt bei forsa 12 (+1), bei IfD Allensbach 11 (-), bei Emnid 9 (-2) und bei infratest dimap 9 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	48 (-)
Gabriel	15 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 33 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

85 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 5 % (+2) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 66 % (-9) für Merkel und 7 % (+3) für Gabriel entscheiden.

39 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 35 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (20.11.2016)

² im Vergleich zur KW 42

³ im Vergleich zur KW 44

Problemlösungskompetenz

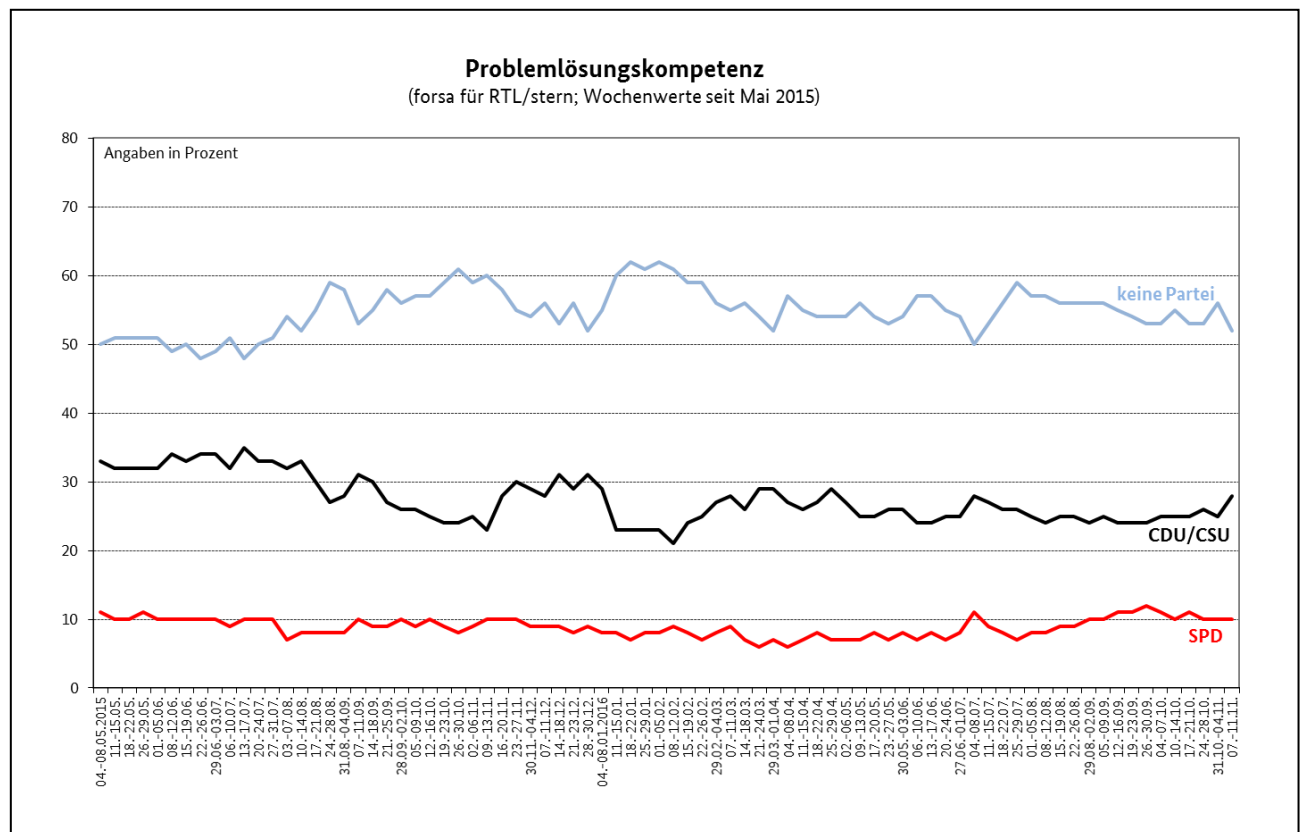
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28 (+3)	
SPD	10 (-)	
sonstige Parteien	10 (+1)	
keine Partei	52 (-4)	
Erhebungszeitraum	07.-11.11.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (+3) Prozentpunkte vor der SPD.

52 % (-4) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

66 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (-7) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im November 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (+1)	27 (-1)	1 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (+2)	30 (-)	2 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (-)	38 (-1)	2 (-)	1 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	58 (-)	35 (-4)	5 (+2)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-2)	38 (+2)	4 (-)	0 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (+3)	37 (-5)	7 (-)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	53 (-1)	41 (+2)	4 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	49 (+2)	36 (-2)	11 (-2)	2 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (-1)	50 (+1)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	41 (-3)	45 (-1)	12 (+3)	2 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (-6)	44 (+4)	12 (+3)	3 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	34 (-2)	53 (+3)	12 (+1)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (+2)	55 (-1)	9 (-3)	3 (+1)
neue Technologien fördern	30 (-4)	50 (+4)	15 (-1)	4 (+2)
Staatsschulden begrenzen	30 (-2)	49 (+2)	17 (-)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	28 (-1)	52 (-4)	17 (+3)	1 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	27 (-4)	47 (-2)	20 (+5)	5 (+2)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (+2)	54 (-)	16 (-2)	2 (-1)
für Preisstabilität sorgen	23 (-1)	56 (-2)	17 (+2)	3 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (-1)	57 (-2)	16 (+2)	3 (+1)
Erhebungszeitraum	09.-15.11.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 39-Jährigen (82 %) sowie von Anhängern der FDP (84 %), der Grünen (80 %), der SPD (77 %), der Linkspartei (76 %) und der Union (75 %) als prioritär angesehen. Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 64 %).

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 50- bis 59-Jährigen (76 %), 30- bis 39-Jährigen und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 72 %) sowie von Anhängern der AfD (86 %), der FDP (79 %), der Union (78 %) und der Linkspartei (74 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (72 % zu 62 %). Unter 30-Jährige (50 %) nennen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen November 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Oktober 2016

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	67 (-2)	24 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	67 (+3)	29 (-4)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63 (-3)	30 (+3)
neue Technologien fördern	62 (-7)	29 (+7)
für Preisstabilität sorgen	62 (-5)	32 (+4)
deutsche Interessen in der EU vertreten	61 (-5)	31 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-1)	35 (+2)
Staatsschulden begrenzen	56 (-2)	37 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	56 (-3)	41 (+5)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	55 (-12)	41 (+10)
Energiewende zügig vorantreiben	52 (-7)	43 (+6)
Verbraucherschutz stärken	51 (-7)	39 (+5)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-7)	44 (+6)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-7)	48 (+5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (-3)	48 (+3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (-5)	51 (+5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-6)	57 (+7)
Zuwanderung von Ausländern regeln	36 (-3)	61 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-4)	63 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-4)	66 (+4)
Erhebungszeitraum	09.-15.11.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Allerdings ist in fast allen Politikfeldern im Vergleich zum Vormonat der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich zurückgegangen; besonders im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" (-12 Prozentpunkte).

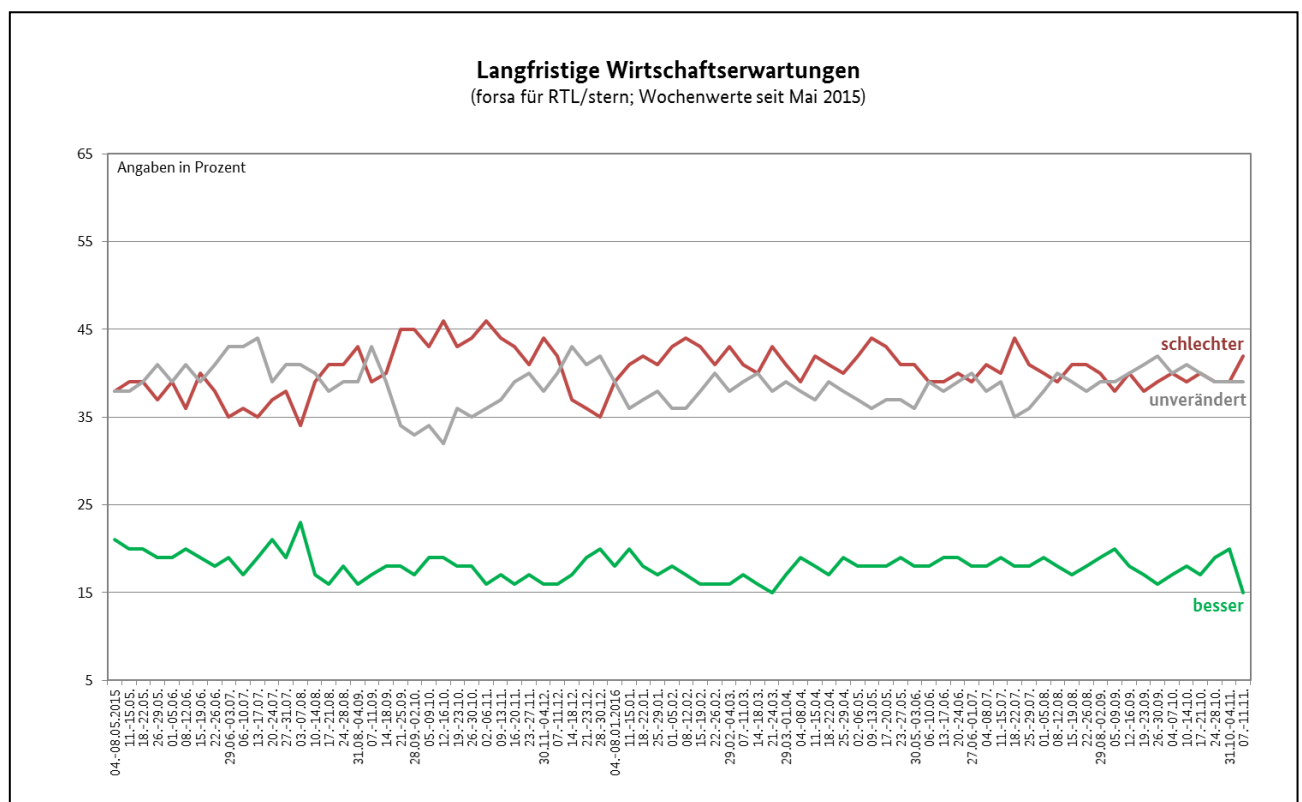
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	15	(-5)
schlechter	42	(+3)
unverändert	39	(-)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche deutlich verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (+8) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	42 (-3)
eher in die falsche Richtung	49 (+4)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.

Anhänger der Union (56 %), der SPD (52 %) und der Grünen (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht.

Für 30- bis 59-Jährige (55 %) und Ostdeutsche (54 %) sowie für Anhänger der AfD (90 %), der Linkspartei (64 %) und der FDP (58 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	86 (+1)	14 (-)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	65 (+1)	28 (-2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	48 (-2)	51 (+3)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	42 (-4)	54 (+4)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	41 (+4)	54 (-4)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	37 (-1)	56 (-1)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34 (+1)	64 (-1)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	31 (+1)	65 (-)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	26 (-3)	72 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.	

Jeweils eine absolute Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (86 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (65 %) (sehr) zufrieden. In sieben von neun Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (70 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (66 % zu 37 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (55 % zu 34 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (56 % zu 44 %). Ostdeutsche (61 %) und Anhänger der AfD (81 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Anhänger der Union (50 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schul- und Bildungssystem. Personen mit einfacher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit hoher formaler Bildung (49 % zu 38 %). 30- bis 44-Jährige (60 %) sowie Anhänger der AfD (67 %), der Grünen und der Linkspartei (jew. 63 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

30- bis 59-Jährige (81 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (77 %) sowie Anhänger der Linkspartei, der AfD (jew. 83 %) und der Grünen (82 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit der Sicherung der Altersversorgung.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 43

	forsa für BPA
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	21 (-3)
Rente, Rentenpolitik	21 (+15)
Ausländer/Integration	7 (+1)
Pkw-Maut	7 (+7)
Präsidentschaftswahl in den USA	5 (+4)
Freihandelsabkommen CETA	5 (-3)
Freihandelsabkommen TTIP	4 (-2)
Klimawandel, Klimaschutz	4 (neu)
Bundespräsidentenwahl	3 (neu)
Umweltpolitik	3 (neu)
Verhältnis zur Türkei	3 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-11.11.

Die Flüchtlings- und die Rentenpolitik sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der AfD (29 %), der SPD (26 %) und der Grünen (25 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen dieses Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 14 %). Ostdeutsche (16 %) nennen die Flüchtlingspolitik unterdurchschnittlich oft.

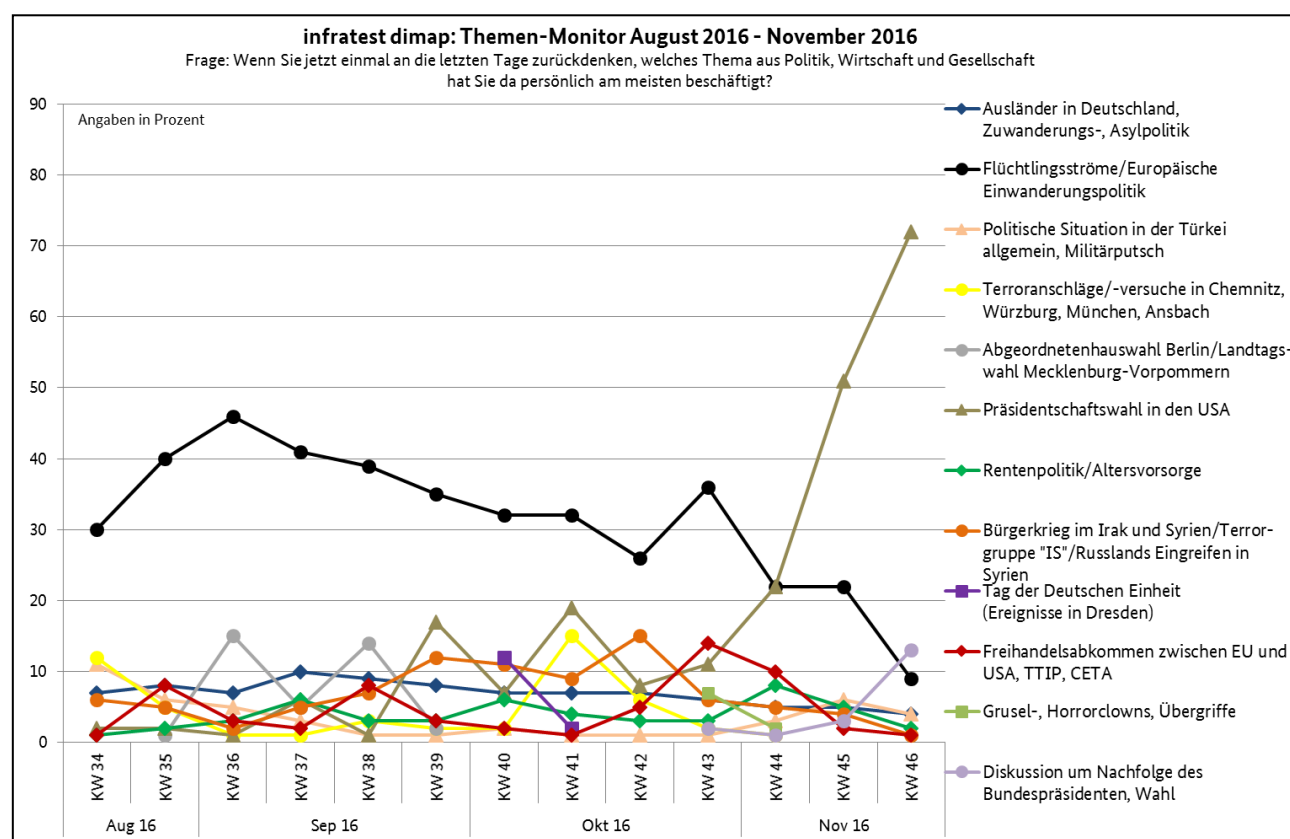
Die Rentenpolitik wird überdurchschnittlich häufig von Ostdeutschen (27 %) sowie von Anhängern der FDP (36 %), der AfD (33 %) und der Linkspartei (27 %) genannt. Über 45-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 30-Jährige (28 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (27 % zu 16 %).

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Präsidentenwahl in den USA	72 (+21)
Diskussion um Nachfolge des Bundespräsidenten, Wahl	13 (+10)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	9 (-13)
Erhebungszeitraum	14.-15.11.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Präsidentenwahl in den USA. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Grünen (83 %) und der FDP (77 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (80 % zu 65 %). Anhänger der AfD (65 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.



Das Thema "Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik" ist bei den offenen Nennungen in dieser Woche unter die 10 %-Marke gefallen. Dies ist der niedrigste Wert seit Juli 2015.